

Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum Geschäftsbericht des Gemeinderats für das Jahr 2011

1. Rechenschaftsbericht der GPK

1.1. Allgemeine Bemerkungen

Die GPK setzte sich mit den finanzpolitischen Kapiteln (Ziffern II und III sowie VIII bis XIII) des gemeinderätlichen Hauptberichts zum Geschäftsjahr 2011 auseinander. Ausserdem beschäftigte sich die GPK mit dem Bericht zur Schliessung des Gemeindespitals.

Während des Geschäftsjahrs liess sich die GPK laufend über aktuelle Ereignisse in der Verwaltung sowie beim Gemeinderat informieren. Die Mitglieder der GPK bedanken sich an dieser Stelle beim Gemeinderat, beim Gemeindeverwalter und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die sachliche und offene Information und Zusammenarbeit. Die GPK unterstreicht auch dieses Jahr die wertvolle Zusammenarbeit mit dem Vertreter der Revisionsgesellschaft.

Die GPK behandelte im Jahre 2011 folgende Themen vertiefter:

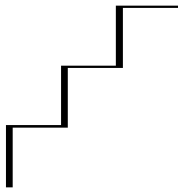
- Sozialhilfe: Benchmarking verschiedener Gemeinden im Bereich Sozialhilfe
- Sozialhilfe: positive Klientenkonti
- Waldhütte im Maienbühl
- Ortsbildkommission
- Budgetierungsprozess
- NOKE: Veränderungen im Finanz- und Lastenausgleich
- Büroflächen: Mietzinse
- Personelles (allgemein und im Speziellen Bildung und Familie)
- Rolle der GPK in NPM-Gemeinden
- Altlastensanierung Scheibenstand Moostal
- Vermietung der Reithalle
- Vergabepaxis

Zur Halbzeit der Legislatur hat sich die GPK gemäss § 43, Absatz 1 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats neu konstituiert.

1.2 Informationen zu den einzelnen Themenbereichen

Sozialhilfe: Benchmarking verschiedener Gemeinden im Bereich Sozialhilfe

Seit 2007 wird das Benchmarking nur noch alle zwei Jahre durchgeführt. Es offenbarte für Riehen eine relativ hohe Sozialhilfequote. Diese ist aber nur begrenzt steuerbar. Riehen hat viele langjährige Sozialhilfebezügler. Das eigene Reintegrationsprogramm bewährt sich und



soll beibehalten und verbessert werden. Die Fallbelastung der Mitarbeitenden befindet sich im „Mittelfeld“. Erfreulicherweise liegt die Rückerstattungsquote in Riehen auf hohem Niveau. Wegen des dörflichen Charakters von Riehen gibt es wenig Missbrauchsfälle; die Gemeinde setzt eine Firma ein, die zweifelhaften Fällen nachgeht.

Sozialhilfe: positive Klientenkonti

Es hat sich herausgestellt, dass es Konti von ehemaligen Sozialhilfebezügerinnen und -bezügern gibt, welche beim definitiven Abschluss einen positiven Saldo ausweisen. Die Ursachen reichen bis in die 80er-Jahre zurück. Bekannt sind 166 Fälle auf 25 Jahre verteilt, noch nicht definitiv bekannt ist die Gesamtsumme. Bisher wurden Fehler im Umfang von 136'000 Franken festgestellt, welche als Rückstellungen in der Jahresrechnung verbucht wurden. Die Sozialhilfe ist daran, alle Fälle bis zum Sommer 2012 zu prüfen. Die Arbeit wird von einem externen Juristen begleitet. Die GPK begrüsst es, wenn die Fälle möglichst schnell und kulant abgewickelt werden und Vorkehrungen getroffen werden, damit sich solche Fehler nicht mehr wiederholen.

Waldhütte im Maienbühl

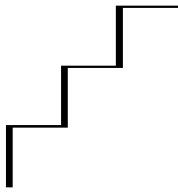
Der Neubau der abgebrannten Waldhütte am Maienbühlweg kostete insgesamt rund 450'000 Franken. Dabei hat die Gebäudeversicherung 275'000 Franken übernommen, so dass der Kostenanteil der Gemeinde unter 200'000 Franken fiel (Nettoprinzip) und dem Einwohnerrat keine Vorlage vorgelegt wurde. Mitglieder der GPK bedauern, dass der Einwohnerrat so keine Gelegenheit hatte, sich zum Bau, zur Grösse und zur Vermietungspraxis zu äussern. Das Nettoprinzip sollte überprüft werden, da damit zumindest theoretisch grössere Ausgaben getätigt werden könnten, ohne den Einwohnerrat einzubeziehen, solange sich ein Sponsor findet.

Ortsbildkommission

Die GPK setzte zur Klärung verschiedener Fragen eine Subkommission ein und erstellte einen kritischen Bericht an den Gemeinderat. Festgestellt werden konnte, dass die OBK ihre vom Gesetz festgelegten Kompetenzen nicht überschritten hatte. Die OBK hat aber einen relativ weiten und schwierig zu definierenden Rahmen. Das Gesetz hält fest, dass eine gute Gesamtwirkung entstehen soll und in der Schonzone Baukubus und Massstäblichkeit gewahrt sein müssen. Die GPK regt deshalb u.a. an, die Kriterien transparenter zu machen, das Anbringen von Solaranlagen zu fördern, die Zusammensetzung der OBK sowie eine Amtszeitbeschränkung zu erwägen und die Rekursmöglichkeit zu erleichtern. Der Gemeinderat hat einige Punkte aufgenommen; ein Bericht wird erwartet.

Budgetierungsprozess

In der Folge der Kürzung des LA 5 beschäftigte sich die GPK anhand von zwei Beispielen mit dem Budgetierungsprozess. Es ist deutlich geworden, dass der Verwaltung bei den geprüften Produkten nicht der Vorwurf gemacht werden kann, unsorgfältig zu budgetieren und „Luft“ einzuplanen. Soweit die GPK das feststellen konnte, sind die Budgets und die Angaben der zu erwartenden Kosten reell. In einem Bericht an die Fikoko hält die GPK fest, dass sich die Sachkommissionen eingehend mit der Budgetierung beschäftigen müssen; sie



müssen von der Verwaltung detaillierte Zahlen erhalten und gegebenenfalls Varianten diskutieren.

NOKE: Veränderungen im Finanz- und Lastenausgleich

Weil es nach der Spitalschliessung und mit der neuen Regelung der Pflegefinanzierung zu wesentlichen Verschiebungen des geltenden Finanz- und Lastenausgleichs aus dem Jahre 2008 gekommen ist, handelte der Gemeinderat mit dem Regierungsrat einen Übergangsvertrag für die Jahre 2012-2015 aus, der vom Einwohnerrat im Mai verabschiedet wurde. Die GPK liess sich über die Verhandlungen informieren.

Personelles (allgemein und im Speziellen Bildung und Familie)

Fragen rund um das Thema Personelles bildeten einen Schwerpunkt. Die GPK liess sich vom Gemeinderat, vom Gemeindeverwalter, von der Personalverantwortlichen und von Mitarbeitenden informieren: zur Stellendotation, zur Personalplanung, zu den Überzeiten und den Ferienausständen, zur Ombudsstelle, zu den Erfahrungen mit den MAG und mit der neuen Lohnordnung.

In der Folge beschloss die GPK, eine Subkommission einzusetzen, um offene Punkte vertiefter klären zu können. Die GPK stösst sich insbesondere an den sehr hohen Überzeitzahlen und an den Ferienausständen, die sie in den vergangenen Jahren immer wieder kritisiert hat.

Rolle der GPK in NPM-Gemeinden

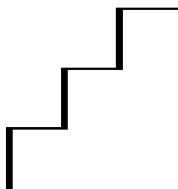
Eine Folge von PRIMA ist, dass die Sachkommissionen in ihren Bereichen Aufgaben haben, die sonst die Geschäftsprüfungskommission hat. Was genau die GPK übernehmen soll und was in die Zuständigkeit der Sachkommissionen fällt, ist nicht näher geregelt. Ausserdem sind die „Flughöhe“ und die Kompetenzen der GPK oft unklar. Deshalb liess sich die GPK vom Vertreter der Revisionsfirma darüber informieren, wie dies bei anderen NPM-Gemeinden geregelt und gehandhabt wird. Die GPK will einen Erfahrungsaustausch mit der Geschäftsprüfungskommission einer anderen NPM-Gemeinde anstreben. Die Koordination zwischen Sachkommissionen und GPK muss in der Fikoko besprochen werden.

Altlastensanierung Scheibenstand Moostal

Die ursprünglich geschätzten Gesamtkosten der vom Bund geforderten und vom Kanton verfüigten Sanierung von CHF 380'000 wurden bei der Ausführung massiv überschritten (um CHF 115'000), wobei sich der von der Gemeinde zu übernehmende Nettobetrag von CHF 70'000 auf 136'000 erhöhte. Die Kostenüberschreitung ist auf den Zeitdruck wegen der Beitragsfristen des Bundes zurückzuführen. Die GPK bildete dazu eine Subkommission, welche einen kritischen Bericht erstellte. Die GPK erhielt den Eindruck, dass die Sanierung von der Verwaltung und vom Gemeinderat zu wenig sorgfältig begleitet wurde und die Schwierigkeiten unterschätzt wurden. Die Punkte wurden mit dem Gemeinderat besprochen.

Vermietung der Reithalle

Die Reithalle gehört der Einwohnergemeinde Riehen und wird fix an eine externe Firma vermietet. Im Zusammenhang mit dem Auslaufen des Vertrags liess sich die GPK vom zu-



ständigen Gemeinderatsmitglied über verschiedene Fragen informieren und übergab das Geschäft anschliessend der Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen.

Vergabep Praxis

Am Beispiel der Sanierung des Landgasthofs liess sich die GPK darüber informieren, ob die Richtlinien für das Vergabewesen eingehalten werden. Die Arbeitsvergabe erfolgt gemäss den kantonalen und gemeinderätlichen Richtlinien. Je nach Umfang des Auftrags wird freihändig vergeben (mit Einzelofferten), via Einladungsverfahren, mit einem selektiven Verfahren (nach einer öffentlichen Ausschreibung) oder in einem offenen Verfahren (ab CHF 250'000, resp. ab CHF 500'000 im Bauhauptgewerbe). Die GPK wird sich anlässlich der Schlussabrechnung und im Hinblick auf die Zukunft vertiefter mit dem Thema befassen.

2. Stellungnahme des Gemeinderats zu Fragen und Anregungen der GPK zum Geschäftsbericht 2011 des Gemeinderats

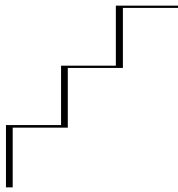
Die GPK hat den Gemeinderat um Auskunft zu verschiedenen Punkten des Geschäftsbereichs gebeten. Die Antworten des Gemeinderats sind nachstehend kursiv abgedruckt. Die Seitenzahlen beziehen sich auf den Hauptbericht.

S. 38 Personalkosten, Überzeit: Wiederholt hat die GPK den Gemeinderat aufgefordert, im Bereich Überzeit nach Lösungen zu suchen. Wiederum sind die Kosten erheblich angestiegen. Was hat der Gemeinderat konkret angeordnet?

Das Thema „Mehrleistungen“ und „Übertrag von Ferienguthaben“ in der Verwaltung ist auch für den Gemeinderat und namentlich für den Gemeindepräsidenten ein wichtiges Thema. Für die Geschäftsleitung und die Vorgesetzten besteht die ständige Herausforderung, die Personaldotation bzw. die personellen Ressourcen mit den wachsenden Anforderungen in Einklang zu bringen. Die Bereitschaft der Mitarbeitenden, bei Bedarf über das vereinbarte Arbeitspensum hinaus im Interesse des Betriebs Zusatzleistungen zu erbringen, ist - wenn massvoll gehandhabt - positiv und verdankenswert. Auf diese Weise können Arbeitsspitzen, krankheitsbedingte Abwesenheiten oder andere ausserordentliche Aufgaben oder auch saisonale Schwankungen mit dem bestehenden Personalbestand überbrückt werden.

Problematisch sind hingegen fortdauernde Mehrleistungen oder nicht bezogene Ferien ohne zeitnahe Aussicht auf Veränderungen. Hier müssen Massnahmen ergriffen werden. So hat der Gemeinderat beispielsweise den Rechtsdienst (s. auch nachstehende Frage zum Fachbereich Recht) und den Fachbereich Personal personell verstärkt. Auch in der Finanzabteilung sind entsprechende Massnahmen in Vorbereitung.

Das Personalreglement regelt mit einem „Ampel-Modell“ die quantitativen Grenzen von Mehrleistungen und benennt die Zuständigkeiten für die Kontrollen. In der Praxis werden diese Spielregeln nicht immer konsequent beachtet. Der Gemeinderat sieht hier in Übereinstimmung mit der GPK Klärungs- und Optimierungsbedarf. Er wird gemeinsam mit der Geschäftsleitung und der von der GPK inzwischen eingesetzten Subkommission Lösungen entwickeln.



S. 39 Trifft es zu, dass die Gemeinde 10 Lehrlinge hatte (8,6 Vollzeitstellen)? Gibt es Abteilungen ohne Lehrlingsausbildung? Wo könnte man ev. noch mehr Ausbildungsplätze schaffen?

Per 31.12.2011 waren es 10 Lernende im Umfang von 10.0 Vollzeitstellen (inkl. Vorlehre), plus zusätzlich eine Praktikantin im Freizeitzentrum Landauer im Umfang von 0.8 Vollzeitstellen (ohne Schulen; hier bestehen verschiedene Angebote für Praktika).

Dies entspricht einem Total von 11 Lernenden/Praktikanten im Umfang von 10.8 Vollzeitstellen. Die Angaben im gedruckten Geschäftsbericht sind leider nicht ganz korrekt.

Das Angebot an Lehrstellen und Praktika konnte in den letzten Jahren laufend ausgebaut werden. Aktuell werden in folgenden Abteilungen Lehrstellen und Praktika angeboten:

Werkdienste

Publikums- und Behördendienste

Kultur, Freizeit und Sport

Finanzen

Aufgrund der Stichtagsbetrachtung per 31.12. sind nicht alle angebotenen Praktika erfasst. Unter dem Jahr wird z.B. in der Abteilung Hochbau und Planung im Bereich Umwelt regelmässig ein mehrmonatiges Praktikum durchgeführt. Weitere punktuelle Praktika und zahlreiche Schnuppereinsätze runden das Angebot ab.

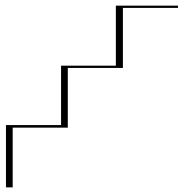
Wo könnte man mehr Ausbildungsplätze schaffen? Das Angebot eines Ausbildungsplatzes muss vor allem auch für die Lernenden einen Mehrwert schaffen und sollte nicht an Quoten gebunden werden. Um eine qualitativ und quantitativ hochstehende Betreuung sicherzustellen, braucht es genügend zeitliche und fachliche Ressourcen. Wo dies erfüllt ist, eine Kontinuität gewährleistet ist und genügend geeignete Aufgaben bestehen, wird wenn immer möglich etwas angeboten. An Grenzen stossen allerdings kleine Teams oft in Kombination mit Teilzeitpensen. Erschwerend ist zudem der Mangel an Büroräumlichkeiten, insbesondere im Gemeindehaus.

Die Möglichkeiten, das Angebot an Lehrstellen und Praktikumsplätzen zu erweitern, werden dennoch laufend geprüft und wo immer möglich umgesetzt.

Die GPK erwartet, dass die Gemeinde mehr Lehrstellen schafft.

Fachbereich Recht: Wie hoch sind die Gesamtkosten im Bereich Recht? Genügen die 120 Stellenprozente? Ist der Gemeindeverwalter in diesem Bereich genügend entlastet?

Der Fachbereich Recht wurde per 1. August 2010 im Nachgang zur Kommunalisierung der Gemeindeschulen durch eine Juristenstelle im Umfang von 50% ergänzt. Dank der hochqualifizierten Arbeit der beiden Stelleninhabenden konnte der Gemeindeverwalter, was die juristische Sachbearbeitung betrifft, spürbar entlastet werden.



Weiterhin werden für einzelne hochspezialisierte Aufgaben oder aufwändigere Gerichtsverfahren externe Mandate vergeben.

Die Kosten für den Fachbereich Recht setzen sich aus den Personalkosten für die 120 Stellenprozente, einem kleinen Anteil der Lohnkosten des Gemeindeverwalters sowie aus einem Teil des genannten „Expertisen-Topfes“ zusammen.

Zum Sperauftrag der Produktgruppe Kultur, Freizeit und Sport: Wie wurde die Kürzung des Globalbudgets 2011 umgesetzt?

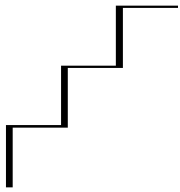
Grundsätzlich ist zu bemerken, dass dieser Leistungsauftrag über die Jahre 2011 bis 2013 läuft und somit auch der damit verbundene Globalkredit. Wenn der Einwohnerrat diesen Kredit nun pauschal um 1.5% gekürzt hat, so betrifft dies den Kredit über die gesamte Laufdauer und nicht einzelne Jahre. Theoretisch könnte man damit z.B. auf Einsparungen im Jahr 2011 verzichten und diese in den Jahren 2012 und/oder 2013 erfüllen. Die Rechenschaft darüber, wie die vorgegebene Kürzung von pauschal 1.5% eingehalten werden kann, wird erst mit der Rechnung 2013 abschliessend abgelegt. Insgesamt muss der Globalkredit um TCHF 406 gekürzt werden (= 1.5% ohne Anteil Strukturkostenumlagen). Welchen Anteil dabei welches Produkt „übernehmen“ wird, kann aus heutiger Sicht noch nicht beantwortet werden. Über den Kostenstand der einzelnen Produkte im ersten Jahr des Globalkredits 2011 - 2013 gibt der Detailbericht zum Geschäftsbericht 2011 (S. 105 ff.) Auskunft. Die zuständige Sachkommission wird sich damit befassen.

Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass die Kürzung des Globalbudgets des Leistungsauftrags Kultur, Freizeit und Sport um 1,5% für den Gemeinderat offenbar keinen Sperauftrag darstellt, sondern über den Streubereich des Budgets aufgefangen werden kann.

S. 41 Wie steht es um die Arbeitssicherheit? Welche Umsetzungsmassnahmen wurden ergriffen? Gibt es noch weiterhin Bedarf?

Gemäss Arbeitsgesetz und Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten besteht eine Pflicht für Arbeitgebende, alles in ihrem Bereich mögliche zur Gewährleistung der Arbeitssicherheit zu unternehmen. Hierfür sind Arbeitgeber verpflichtet, Spezialisten der Arbeitssicherheit beizuziehen. Die Gemeinde Riehen stellt dies durch eine Beratung durch die Firma BDS Safety Management AG sicher. Auftrag dieser Spezialisten ist, in Zusammenarbeit mit der Gemeinde die Schwachstellen bezüglich Arbeitssicherheit, Gesundheits- und Brandschutz zu erkennen, die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu überprüfen und einen Mängel-/Massnahmenkatalog zu erstellen.

Im Rahmen der externen Begleitung wurden im Jahre 2011 sicherheitstechnische Rundgänge im Werkhof, in der Gärtnerei, in der Mosterei, dem Sportplatz Grendelmatte und im Freizeitzentrum Landauer sowie in der Tagesschule Hinter Gärten durchgeführt. Die Mängel wurden jeweils in einem Protokoll aufgenommen und die zuständigen Verantwortlichen zur Umsetzung der entsprechenden Massnahmen aufgefordert. Der Stand der Umsetzung der geforderten Massnahmen wird laufend überprüft.



Im Jahre 2012 und in den Folgejahren bis 2015 werden die restlichen Betriebe der Gemeindeverwaltung inklusive Gemeindeschulen Bettingen und Riehen auditiert. Begleitend müssen die Mitarbeitenden in Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz instruiert und geschult werden. Bei den Schulen erfolgt dies in Zusammenarbeit mit dem Kanton.

Optimale betriebliche Voraussetzungen, die dazu beitragen, Unfälle und Krankheiten zu verhindern resp. vermindern, sind auch Bestandteil der Personalpolitik. In diesem Sinne wird der Arbeitssicherheit auch künftig ein hoher Stellenwert zukommen.

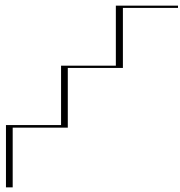
S. 42 Allgemein zu NOKE: Sind die erhofften Synergieeffekte und dementsprechende Einsparungen im Nachhinein eingetroffen?

Im Rahmen von NOKE wurden die Reinigung und der Winterdienst auf den Kantonsstrassen innerhalb des Gemeindegebiets zur Aufgabe der Gemeinde Riehen. Dazu gehören auch das Leeren der Abfallbehälter sowie das regelmässige Aussaugen und Reinigen der Einlaufschächte und Schlammsammler. Der bauliche Unterhalt sowie die Signalisationen und Markierungen sind jedoch weiterhin Aufgabe des Kantons. Mit der Übernahme dieser Aufgaben vom Kanton wurde der erwartete Synergiegewinn erzielt, weil die erforderliche Infrastruktur zum grössten Teil vorhanden war und kürzere Wege eine entsprechende Einsparung mit sich brachten. Zusätzlich wurde lediglich zum Leeren der Abfallbehälter ein Kleintransporter angeschafft. Durch den Synergiegewinn konnte die Reinigung am Wochenende für die Gemeinde „kostenneutral“ ausgeweitet werden. Dadurch hat sich die Sauberkeit am Wochenende sichtbar verbessert. Im Bereich Winterdienst brauchte es weder zusätzliches Personal noch weitere maschinelle Ressourcen. Entsprechend sind im Bereich Kantonsstrassen die erwarteten Vorgaben eingetroffen und der zusätzlich erwartete kalkulatorische Synergiegewinn von CHF 110'000 konnte realisiert werden.

Bereits vor NOKE hatte die Gemeindegärtnerei im Auftrag der Stadtgärtnerei Basel und gegen Verrechnung einen Teil der dem Kanton gehörenden Grünanlagen gepflegt. Mit NOKE gingen alle dem Kanton gehörenden Parkanlagen, Flächen mit Verkehrsgrün, Allee-bäume sowie Grünanlagen rund um die Schulhäuser in die Unterhaltsverantwortung der Gemeindegärtnerei über. Im Gegensatz zur Aufgabenübernahme im Bereich Kantonsstrassen wurde im Bereich gärtnerischer Unterhalt kein substanzieller Synergiegewinn erwartet. Die Stadtgärtnerei hatte den Pflegestandard aus Spargründen in ihren letzten Zuständigkeitsjahren deutlich gesenkt. Entsprechend sind diese niedrigen Standards den kantonalen Kalkulationsgrundlagen zu Grunde gelegt worden. Der aus den kürzeren Wegen resultierende Synergieeffekt wurde durch anspruchreichere Pflege- und Unterhaltsstandards aufgehoben.

Als Fazit für die Gemeinde Riehen darf festgehalten werden, dass die Übernahme des betrieblichen Unterhalts der Kantonsstrassen und -grünanlagen, den entsprechenden Mehrwert mit sich gebracht hat.

Die Erfahrung hat nun gezeigt, dass die vermehrte Pflege des älteren Baumbestands in Riehen - nicht nur der „NOKE-Bäume“ - u.a. zur Sicherheit der Passanten zusätzliche Aufwendungen mit sich bringt, die die Schaffung einer zusätzlichen 60%-Stelle erforderte.



Seite 8 Die GPK wird die Begründung der zusätzlichen Stelle noch genauer abklären.

S. 44 Strukturkosten

Die GPK hat von der Gemeindeverwaltung die Details der Strukturkosten erhalten und sie eingehend angeschaut. Seit drei Jahren steigen die Strukturkosten kontinuierlich an. Dieser Anstieg ist neben der Teuerung auf die Übernahme der Primarschulen zurückzuführen. Der dadurch entstandene Mehraufwand der Gemeinde ist im NOKE-System des Finanz- und Lastenausgleich berücksichtigt worden.

S. 49 Fakturierte Einkommenssteuererträge: 2011 CHF 13'636 – Detailbericht S. 43 CHF 14'888: Wie ist diese Differenz zu erklären?

Hauptbericht S.49 2011: 13'636: Diese Zahl beinhaltet die Anzahl der fakturierten Einkommens- und Vermögenssteuererträge (Quelle: NEST)

Detailbericht S. 43: 14'888: Diese Zahl beinhaltet neben den Einkommens- und Vermögenssteuern, die Kapitaleinkommenssteuern, die Grundstückgewinnsteuer, Rektifikate und Zahlungsabkommen. (Quelle: EXCEL-Liste)

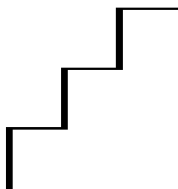
3. Bericht der Revisionsstelle über die Prüfung der Jahresrechnung 2010

Die GPK nahm vom Bericht der Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers vom 16. April 2012 und deren Empfehlungen an Gemeinderat und Verwaltung Kenntnis. Die Revisionsstelle hatte im Berichtsjahr den Schwerpunkt Sozialhilfe und Submissionswesen. Der Bericht bestätigt die ordnungsgemässe Rechnungslegung der Gemeinde Riehen ohne Einschränkungen und Vorbehalte und empfiehlt die Genehmigung der Jahresrechnung 2011.

Die GPK hat den Gemeinderat aufgefordert, zur folgenden Empfehlung der Revisionsstelle Stellung zu nehmen:

Die Revisionsstelle stellt fest, das notwendige Know-how bei Finanzen dürfe nicht unterschätzt und bei zukünftigen Anstellungen soll ein besonderes Augenmerk auf Fachkenntnisse und Erfahrung gelegt werden. Gibt es in der Finanzabteilung genügend gut qualifiziertes Personal? Wie stellt sich der Gemeinderat zu dieser Aussage?

Mit der Übernahme der Primarschulen durch die Gemeinde im Jahr 2009 ist die Verwaltung hinsichtlich Aufgabenspektrum und Personal erheblich gewachsen. Solche Veränderungen ziehen auch eine Überprüfung der Organisation nach sich. In der Finanzabteilung wurde der Personalbestand aufgrund der Übernahme der Primarschulen nicht bereits „prophylaktisch“ aufgebaut. Es sollte vielmehr der Bedarf und die Nachfrage nach Finanzdienstleistungen von den verschiedenen Abteilungen abgewartet werden, um Klarheit über die notwendigen Ressourcen zu erhalten. Dies ist nun der Fall: Nachdem der Personalaufwand in der Abteilung Finanzen seit 2007 reduziert werden konnte, muss diese nun mit qualifizierten Ressourcen verstärkt werden, um den gestiegenen Anforderungen gerecht werden zu können:



- *Erhöhte Ansprüche an Dokumentation, Berichterstattung und Budgetierung*
- *Erhöhte Anzahl Projekte, welche die Abteilung Finanzen direkt oder indirekt tangieren (darunter Aufbau und Umsetzung eines „internen Kontrollsystems“)*
- *Erhöhter Beratungs- und Betreuungsaufwand in den Abteilungen*

Die Vorbereitungsarbeiten für eine gezielte personelle Verstärkung der Finanzabteilung durch zusätzliche qualifizierte Mitarbeitende sind auf Ebene Verwaltungsleitung in Gang.

Die GPK erachtet es als wichtig, dass in den Abteilungsleitungen genügend Kompetenz im Finanz- und Rechnungswesen vorhanden ist und dass bei Personalwechseln in der Finanzabteilung gut qualifiziertes Personal angestellt und entsprechend entlohnt wird.

4. Bericht der GPK zum Bericht des Gemeinderats zur Rückstellung für die Schliessungs- und Überführungskosten im Spital / Gesundheitswesen

Die GPK hat den Bericht des Gemeinderats besprochen und den Bericht der Revisionsstelle KPMC eingesehen. Die Revisionsstelle bestätigt, dass die Liquidationserfolgsrechnung und die Liquidationsbilanz ordnungsgemäss erstellt worden ist. Die GPK hat ausserdem Einsicht genommen in die einzelnen Kleinpositionen (Verkauf von Mobiliar etc. im Betrag von CHF 57'950). Hierbei hat die GPK den Gemeinderat gebeten, eine Reihe von Fragen zu beantworten, die sich daraus ergeben. Die GPK empfiehlt dem Einwohnerrat die Kenntnisnahme des „Liquidationsberichts“ nur unter dem Vorbehalt, dass der Gemeinderat der GPK diese Fragen zufriedenstellend beantwortet.

5. Anträge

5.1 Geschäftsjahr 2011

Die GPK beantragt dem Einwohnerrat, die Produktsummenrechnung, Investitionsrechnung und Bilanz der Einwohnergemeinde Riehen für das Geschäftsjahr 2011 gemäss dem Antrag des Gemeinderats auf S. 65 des Hauptberichts zu genehmigen.

5.2 Liquidation Gemeindespital

Die GPK beantragt dem Einwohnerrat unter Vorbehalt (vgl. oben Punkt 4), von den Schliessungskosten des Gemeindespitals Kenntnis zu nehmen.

Riehen, 4. Juni 2012

Geschäftsprüfungskommission

Der Präsident:

Roland Lötscher